

Deutschland.

Berlin, 15. Mai. Die Friedensgerüchte (wie sie gestern hier durch die Stadt gingen und sogar bedeutend die Börse beeinflussten) sind zwar in ihren Einzelheiten meist ganz müßige Erfindungen; indes ist doch einerseits zu konstatieren, daß, so wenig auch Jemand jetzt noch auch nur die Möglichkeit des Friedens abzusehen vermag, der Glaube an Erhaltung desselben dennoch lebendig und sehr verbreitet ist, — andererseits hat dieser Glaube insofern wenigstens auch eine thatsächliche Grundlage, als, so lange der erste Kanonenschuß noch nicht gefallen ist, die Verhandlungen, welche möglicherweise zum Frieden führen könnten, noch fortbauern. Soweit sich die Friedenshoffnungen auf einen etwaigen europäischen Kongreß stützen; so ist ein eigentlicher Erfolg der deshalb unternommenen Bemühungen bis jetzt freilich nicht aufzuweisen. Was speziell Preußen betrifft, so hat unsere Regierung gegen den Zusammentritt eines Kongresses durchaus nichts einzuwenden, sofern nämlich derselbe die Lösung sämtlicher schwebender europäischer Fragen in die Hand zu nehmen entschlossen wäre. — Oesterreich hat in der That, wie unter dem 26. April, so auch unter dem 4. Mai zwei Depeschen hier abgehen lassen, deren eine sich bekanntlich auf die Rüstungsfrage bezieht und übrigen noch nicht beantwortet ist (auch es schwerlich werden wird, da Oesterreich die bezüglichen Verhandlungen für „erschöpft“ erklärt), die andere ein Eingehen auf Parlamentsreform von einer vorhergehenden Einigung der Regierungen über die Vorlagen abhängig macht. Wenn Oesterreich damit am Bunde durchdränge, so würde die preussische Regierung ihren Antrag vom 9. April natürlich für abgelehnt, keineswegs aber die von ihr auf die Tagesordnung gestellte Frage der Bundesreform als beseitigt ansehen. Vielmehr müßte dann die große Frage ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen zur Lösung kommen, und es würde dann nicht mehr die Rücksicht auf dieselben, sondern lediglich der nationale Standpunkt maßgebend sein. — Es bestätigt sich, daß Prinz August von Württemberg als Oberbefehlshaber des Gardekorps mit Rücksicht auf die dermaligen politischen Verhältnisse seine Entlassung aus preussischen Diensten verlangt hat.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin telegraphirt: Die von Preußen beantragte und den Regierungen in ihren allgemeinen Grundzügen angeordnete Bundesreform bezieht sich auf die Mitwirkung eines regelmäßig zu berufenden Parlamentes zur Erreichung einer gemeinsamen deutschen Gesetzgebung auf den Gebieten des Zoll-, Handels- und gesammten Verkehrs, der Heimatsverhältnisse, der Prozeßordnungen, der Patent-Gesetzgebung, des Handelszuges, des deutschen Konsulatwesens, der Gründung einer deutschen Kriegsmarine, der Herstellung des Küstenschutzes, der Bundeskriegsverfassung. Sollten die Regierungen, so wird versichert, sich gegen die legislative Erledigung dieser Ansprüche der deutschen Nation durch das Parlament erklären, so wird Preußen sich mit umfassenderen Anträgen an die deutsche Nation selbst wenden.

Zu den Einberufenen gehört auch der Bildhauer Begas, dem die Ausführung des Schiller-Denkmal übertragen war. Derselbe ist als Unteroffizier nach Halberstadt abgegangen.

Durch die öffentlichen Blätter werden für einzelne Truppentheile der Berliner Garnison qualifizierte Marktender zu engagieren gesucht.

In der königlichen Münze herrscht jetzt eine große Thätigkeit. Das Personal der Schmelzer und Präger ist vermehrt worden und es sollen, wie man hört, in der nächsten Zeit 12 Mill. Thalerstücke geprägt werden.

Wie der „Publ.“ erwähnt, haben unter der königlichen und Prinzlichen Hofdienerschaft auch zahlreiche Einberufungen zur Armee stattgefunden. Es soll der Wille Sr. Maj. des Königs sein, hierbei keinerlei persönliche Rücksichten walten zu lassen, sondern für die Dauer der Mobilmachung sich möglichst auf das verbleibende Personal zu beschränken.

Wie verlautet, sind in Folge seiner Rettung von Mörderhand dem Herrn Ministerpräsidenten Glückwunsch-Adressen mit nahe an 300,000 Unterschriften, über 1400 telegraphische Depeschen und ungefähr 700 Briefe zugegangen.

In Folge einer Aufforderung des Grafen Bismarck hat vorgestern Abend Hr. v. Bennigsen eine Unterredung mit demselben im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gehabt.

Die „Ztbl. C.“ schreibt: „Das Ministerium steht solidarisch für die gegenwärtige Politik Preußens ein. Alle Angaben von in Aussicht genommenen Veränderungen im Ministerium entbehren der Begründung.“

Die „C. Z.“ bestätigt, daß eine österreichische Depesche vom 4. Mai existirt, in welcher das Wiener Kabinet die Berufung eines deutschen Parlamentes vor der vollständigen Erörterung der Vorlagen für unthunlich erklärt.

Zu der vorgestern stattgehabten Sitzung des Ausschusses des deutschen Nationalvereins waren folgende Mitglieder erschienen: v. Bennigsen, Fries, Nagel, v. Kochan, Schulze-Delitsch, C. Müller, Meß, Wiggers (Rendsburg), Jessen, Wer (Hamburg), Rückert, Brauer, Friedr. Detke, Lang, Schend, Pratorius, Cetto, Lünig, Loewe-Galbe, Franz Dunder, v. Unruh und Jungermann. Auf die Tagesordnung hatte der Vorsitzende gesetzt: die Kriegsfrage und die Parlamentsfrage. (Nach der „C. Z.“ sollten die Besprechungen des Ausschusses gestern fortgesetzt werden. Die Stimmung gehe angeblich dahin, daß für den Fall, daß vor dem Zusammentritt der Ständeversammlungen in den Mittelstaaten der Abgeordnetentag nach Frankfurt berufen wird, dahin zu wirken sei, daß die liberalen Ständemitglieder überall die Rüstungen keineswegs unterstützen und auf voller Neutralität jener Staaten bestehen sollen. Eine Hinneigung zu Oesterreich ist keineswegs bemerkbar.)

Der Geh. Kabinet-Rath W. Geh. Rath Maire, dessen

schwere Erkrankung wir schon gemeldet, ist gestern Nachmittag in Potsdam gestorben. Er hat sein Amt auch schon unter König Friedrich Wilhelm IV. verwaltet, bis er vor 9 bis 10 Monaten sehr leidend wurde.

Einer der Stände des Bunzlauer Kreises hat sich bereit erklärt, seine sämtlichen sechs Luxuspferde dem Staate unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die vier Kriegsschulen in Meisse, Potsdam, Erfurt und Engers sind angewiesen, den in ihnen befindlichen Jährlichen in kürzester Zeit das Offizier-Examen abzunehmen, das sonst erst nach Michaelis abgenommen wird.

Wie die „Bresl. Ztg.“ hört, steht in Meisse in den nächsten Tagen der Schluß des Gymnasiums, der Realschule und der übrigen Unterrichtsanstalten bevor.

Der „St.-Anz.“ schreibt: Nach zuverlässigen Nachrichten werden seit dem 11. d. Mts. von Wien aus geschlossene Truppenkörper nach Norden transportirt. Die planmäßige Beförderung von Truppen zu Konzentrationen an den preussischen Grenzen hat damit begonnen. Die Armee- und Korps-Stäbe sind formirt.

Dresden, 13. Mai. Der „Bes.-Ztg.“ wird geschrieben: In Dresden hat das verdreht gemachte Volk gar die Salzverkaufsstätten überlaufen, weil man das Gerücht ausgesprengt hatte, die Preußen ließen kein Salz mehr ins Land und wir armen Sachsen würden bald nicht mehr haben, womit wir uns die Suppe salzen könnten. (Sachsen bezieht seit der Theilung vertragmäßig seinen Salzbedarf aus den preussischen Salinen an der Saale.) Im „Chemn. Tageblatt“ erzählt ein Schulmeister die Geschichte der — punischen Kriege, weil er sich einbildet, die Vorstellungen des Leipziger Stadtrathes zeugten von „Kathagischer Kurzsichtigkeit“!

Staatsminister Freiherr v. Beust hat sich vorgestern nach Bamberg begeben und wird morgen zurück erwartet. — Das „Dr. Z.“ meldet, daß die auf den 18. Mai anberaumte Enthüllung des National-Denkmal für den verewigten König Friedrich August II. der Zeitverhältnisse wegen verschoben worden ist.

Gotha, 12. Mai. Einen unangenehmen Eindruck hat die seit einigen Tagen hier verbreitete Nachricht gemacht, daß die Thurn-Tarische Post-Direktion die Annahme preussischen Papiergeldes verweigere. Da bis jetzt dieses Zahlungsmittel bei uns und wohl in ganz Thüringen das am besten akkreditirte ist, so ist die gedachte Postmaßregel wohl geeignet, neben der Verwunderung die Frage hervorzuheben, welcher Grund zu derselben vorliege.

Siegen, 12. Mai. Hier ist ein preussischer Etappen-Kommandant angekommen, um länger Zeit hier zu bleiben. Siegen ist vertragmäßig eine Etappen-Station, Preußen hat also das Recht dazu.

Karlsruhe, 12. Mai. Der „Frl. Postztg.“ wird geschrieben: Man erzählt sich, daß in einer gestrigen Ministerrathssitzung Staatsrath Mathy sich am entschiedensten für Einhalten einer Neutralität ausgesprochen habe, daß jedoch die Majorität anderer Meinung gewesen sei. Die Zwangsremontrung ist zwar ausgeschrieben, aber von einem kurzen Termin, wie in Württemberg, innerhalb dessen das Geschäft beendet sein soll, ist nicht die Rede. Ueber die Gründe zur plötzlichen Abreise des Prinzen Karl von Baden nach Wien kursiren zweierlei Gerüchte: nach dem einen soll er aufgefordert worden sein, das Kommando seines österreichischen Regiments zu übernehmen; nach dem andern soll er in Wien seinen Austritt aus dem österreichischen Militärverbande anzeigen, um an die Spitze der badischen Reiterci zu treten.

Würzburg, 12. Mai. Heute Abend traf hier der Befehl ein zur Bildung eines Lagers bei Schweinfurt, bestehend aus einer Brigade der Garnisonen Bayreuth, Bamberg und Würzburg (13., 5. und 9. Regiment und Chevauregers von Bamberg) unter dem Kommando des General Hagens. Der Ausmarsch findet in den nächsten Tagen statt.

München, 13. Mai. Der jüdische Accessit Rosenthal ist zum Assessor am Münchener Stadtgericht ernannt worden. Es ist der erste Fall der Ernennung eines Juden zum bairischen Staatsbeamten.

Zu den Rüstungen schreibt man von hier unterm 9. d. der „D. A. Z.“: Die Armee wird in wenigen Tagen vollständig gerüstet sein, und es wird dann nur noch der Einberufung von bereits erzwungenen Beurlaubten bedürfen, um mit Geschütz und Geschirr, mit Wagen und Pferd, 75,000 Mann ins Feld zu stellen. Weitere 30,000 Mann bedarf und befristet Baiern zur Besetzung der Bundesfestung Landau und seiner Landesfestungen Germersheim, Würzburg, Ingolstadt etc. und für die Depots.

Wien, 13. Mai. (Kr.-Ztg.) Die kriegerische Stimmung hat bei uns schon eine ziemliche Höhe erreicht, und man sucht sie durch allerlei Behelfe noch zu steigern. Ein vom Landes-Marschall Niederösterreichs, Fürsten Kollorede Mansfeld, und dem Bürgermeister von Wien, Dr. Zelinka, unterzeichneter Aufruf, überschrieben: „Das Vaterland ruft!“ (s. unten), den heute alle hiesigen Blätter (auch die amtliche „Wiener Zeitung“) bringen, und der an den Straßenecken angeschlagen ist, hat die Bevölkerung der Residenz nicht wenig überrascht, da er so abgefaßt ist, als ob die Kriegserklärung bereits unterwegs sei. Man findet es indessen auffallend, daß in diesem Schriftstücke nur von einem „Bundesgenossen“ die Rede ist, der uns bedroht, unserer Erselnde im Süden aber gar keine Erwähnung geschieht, wie denn überhaupt der ganze zur Errichtung von Freiwilligen-Korps und zu freiwilligen Gaben auffordernde Aufruf keine musterhafte Stilisirung zur Schau trägt. Daß übrigens die Bildung von Freiwilligen-Korps nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Theilen des Reiches Erfolge erwarten läßt, wird nicht bezweifelt. Handel, Industrie und Gewerbe sind schon längst auf Null gebracht. Die Erwerbslosigkeit hat den höchsten Grad erreicht. Fabriken und Manufakturen haben

ihre Thätigkeit theils namhaft vermindert, theils gänzlich eingestellt, und zahlreiche Arbeiter sind beschäftigungslos und zu unfreiwilligem Müßiggange genöthigt. Diese Leute sind es nun, denen jede Gelegenheit willkommen sein muß, welche ihnen Mittel zur Fristung ihres Lebens bietet. Der Zubrang zu den Werbe-Bureaux ist daher auch ein sehr großer, so daß in Wien allein an einem einzigen Tage über vierhundert Mann als tauglich befunden und angeworben wurden. Nebliches erfährt man auch aus mehreren Provinzialstädten, woselbst der Nothstand noch viel größer ist, und die Paar Gulden Handgeld ein nicht geringes Loedmittel sein müssen. Inzwischen gleicht in diesem Augenblicke unsere Hauptstadt einem großen Kriegslager. In allen Straßen sieht man Soldaten schaarenweise ziehen oder in Gruppen aufgestellt. Alle Vorstadt-Gasthöfe sind von einquartierten Truppen vollgepfropft und in den Bahnhöfen wimmelt es von ankommenden und abgehenden Militärs, so daß es Civilpersonen schwer fällt, Einlaß zu finden. Außer dem F.-Z.-M. Ritter v. Benedek, der, wie es heißt, Dienstag zur Nordsee abgehen soll, sind noch andere höhere Generale hier versammelt, welche zu wichtigen Posten bestimmt sind und täglich mehrstündige Beratungen halten. — An abenteuerlichen Gerüchten aller Art, welche sich zumeist als Börsemumtriebe herausstellen, fehlt es bei uns keineswegs. Sehr oft erreichen sie ihren Zweck, zumal einige Eigenthümer der bedeutenderen hiesigen Journale Börsen-Spekulanten sind und ihre Organe dazu anstandslos mißbrauchen. — Von Einberufung des Reichsrathes will man, so sehr auch die liberale Presse darauf dringen mag, an maßgebender Stelle noch immer nichts wissen. Einestheils mag die Besorgniß davon abhalten, daß Czegen und Polen sich ferne halten würden; andertheils läßt sich eine solche Maßnahme von einem Ministerium schwerlich erwarten, welches den Reichsrath wiederholt für eine „Fiction“ erklärte. — Aus Pest wird gemeldet, daß die Anhänger der Regierung allerdings im Landtage eine patriotische Kundgebung in Szene zu setzen gedachten; da aber eine große Opposition in Aussicht war, soll von Seiten der ungarischen Minister davon abgerathen worden sein.

Der seltsame Aufruf, dessen die obige Korrespondenz erwähnt, lautet wirklich, wie folgt:

Bewohner Wiens und Nieder-Oesterreichs! Das Vaterland ruft. Die Zeit schwerer Prüfungen ist für uns gekommen und ernst und feierlich ist der Augenblick. Frevelnd wagt man es, in die Geschicke Oesterreichs einzugreifen, in unverantwortlicher Weise soll der Friede in seinen Grundvesten erschüttert werden, und nur eines leichten Antostes bedarf es noch, um die an den Grenzen unseres Reiches lauernernde Furie des Krieges mit allen Schrecken zu entfesseln. Mitbürger! Wenn je eine Sache gerecht war, so ist es die unsrige; wenn es je ein schreiendes Unrecht gab, ist es dasjenige, welches unsere Feinde auszuüben beabsichtigen. Ein Bundesgenosse ist es, der, das Vaterland bedrohend, uns, die wir so sehr die Segnungen des Friedens wünschen, zum Kampfe drängt (?). Aber muthig und entschlossen blickt Oesterreichs Volk der Zukunft entgegen; denn es vertraut auf Gott, den Beschirmer des Rechtes, es baut auf den Genius Oesterreichs. Zwar leben wir in schwerer Zeit, und groß ist die Last, die jeden Einzelnen niederbrückt, aber noch regt sich der alte treue Bürgerinn und dessen vielerprobte Opferwilligkeit. Zeigen wollen wir, daß die bewährte Kraft Oesterreichs nicht gebrochen, stark und einig wollen wir den allem Rechte Hohn sprechenden Feinden entgegenreten und Wien, die erste Stadt des Kaiserreichs, soll auch die erste sein, für Oesterreichs Ehre und Größe einzustehen. Angesichts solcher Gefahr wenden sich die Gefertigten an die patriotischen Gefühle der Bürger Wiens und des Kronlandes Nieder-Oesterreich. Die Wehrkraft des Reiches durch Errichtung von Freiwilligen-Korps zu stärken, wollen wir uns zur Aufgabe machen, doch sollen es nur freiwillige Gaben sein, die wir auf den Altar des Vaterlandes niederlegen. Darum messe Jeder seine Kraft! Die kleinste Gabe wird willkommen sein, denn nur mit vereinter Kraft kann wahrhaft Große geschaffen werden. Zur Durchführung dieses patriotischen Unternehmens ist die Bildung eines Komitees anerkannter Vaterlandsfreunde im Zuge, deren Namen in wenigen Tagen veröffentlicht werden. Geldspenden werden vom heutigen Tage angefangen beim Nieder-Oesterr. Landes-Ober-Einnehmeramte, Herrngasse, Landhaus, und in der Präsidialkanzlei des Bürgermeisters am Rathhause gegen Bestätigung übernommen und öffentlich ausgewiesen. Gott schütze den Kaiser und das Vaterland!

Wien, am 13. Mai 1866.

Kollorede-Mannsfeld. Dr. Andreas Zelinka.

In Wien selbst scheint man durch den Erlaß und besonders durch die Fassung dieses Aufrufs etwas in Staunen gesetzt zu sein und zu fühlen, daß durch ihn eine Beleidigung gegen Preußen verübt worden sei. Dies Gefühl spricht sich wenigstens in dem von der „Sonntagszeitung“ gebrachten Gerüchte aus, der preussische Gesandte stehe in Folge dieses Aufrufes im Begriff, Wien zu verlassen. Wie der „Schles. Ztg.“ telegraphirt wird, soll der Aufruf ohne Vorwissen der Regierung erlassen sein. Wenn das der Fall ist, so wird hoffentlich die entsprechende Erklärung nicht ausbleiben.

Die „Prager Zeitung“ enthält die offizielle Bekanntmachung des Silbersecher-Ausfuhrverbotes.

Ausland.

Paris, 13. Mai. Der Adjutant des Kaisers General Marquis v. Toulangeon hat im Auftrage seines Gebieters ein Glückwunschschrreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, wegen der Errettung aus Mörderhand gerichtet. Der 2. Band der Geschichte Julius Cäsars ist erschienen; er reicht bis zu Cäsars Uebergang über den Rubicon; der „Konstitutionnel“ bringt Auszüge

